

Unabhängige-Bürger-Partei (UBP)

Stadtverband Recklinghausen

Herrn
Bürgermeister W. Pantförder
Rathaus Recklinghausen

Recklinghausen, 30.03.2009

Bürgerantrag gem. § 24 GONW – Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die UBP-Recklinghausen beantragt folgende Maßnahmen, um die Kriminalität im Stadtgebiet einzudämmen:

1. Die Überwachung von Kriminalitätsschwerpunkten durch **Videokameras bzw. durch Webcams** (kostengünstiger, flexibler und juristisch einfacher umzusetzen).
2. Einen „**runden Tisch**“ **Sicherheit** zur Verbesserung der Kooperation zwischen Ordnungsamt, Polizei und privaten Sicherheitsdienst (siehe Punkt 3)
3. Einsatz eines **privaten Sicherheitsdienstes** an Kriminalitätsschwerpunkten (Punktuelle Einsatz vorwiegend an Wochenenden in Problembezirken)
4. Einen **jährlichen öffentlichen Bericht** der Polizei zur Sicherheitslage und den Problembereichen im Stadtgebiet von Recklinghausen (inkl. Bürgerbeteiligung)
5. Eine **Resolution**, in der die Landesregierung aufgefordert wird, der Kriminalitätsentwicklung durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten

Punkt 1:

Die Kriminalität hat in Bereichen, in denen die Stadt bzw. das Land eine Videoüberwachung eingeführt hat, deutlich nachgelassen. Die Videoüberwachung ist heute im privaten Raum (Banken, Tankstellen, Bahnhöfen, Bussen und Industriegebieten) mittlerweile selbstverständlich. Mögliche Täter werden durch die Kameras abgeschreckt oder überführt. Als Beispiel seien hier nur die sog. Kofferbomber von Köln genannt, die durch die Videoaufzeichnung gefasst und überführt werden konnten. Verifiziert und flexibler gestaltet werden könnte dieses System durch den zusätzlichen Einsatz von Webcams. Diese sind darüber hinaus kostengünstiger, flexibler einsetzbar und juristisch im öffentlichen Raum leichter durchzusetzen als festinstallierte Videokameras. Ein durchdachtes Konzept, welches zwischen Ordnungsamt,

Polizei, privaten Sicherheitsdiensten, Bürgerinnen und Bürgern und der Politik abgestimmt wäre, könnte die Kriminalität erheblich eindämmen.

Punkt 2:

Um Synergien im Bereich der Kriminalitätsentwicklung zu schaffen, ist es wichtig, dass ein gemeinsames Konzept zwischen allen Beteiligten erarbeitet und umgesetzt wird. Aus diesem Grund halten wir es für dringend notwendig, dass ein „runder Tisch“ mindestens zweimal jährlich tagt und gemeinsam abstimmt, welche Maßnahmen konkret anzufassen sind.

Punkt 3:

Aufgrund der aktuellen Kriminalitätsentwicklung (Recklinghausen ist die unsicherste Stadt im Kreisgebiet) ist es dringend notwendig, einen privaten Sicherheitsdienst punktuell einzusetzen. Es geht hier nicht darum, die Polizei durch den Sicherheitsdienst zu ersetzen oder zu kompensieren, sondern darum, eine weitere Möglichkeit zu haben, Problembezirke („no-go-areas“) mit Sicherheitspersonal zu schützen. Es haben sich im Stadtgebiet Bezirke entwickelt, in denen Kriminelle weitestgehend „Narrenfreiheit“ haben. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist dort in großer Gefahr (siehe hier auch die Bereiche Straßenkriminalität, Körperverletzung und Raubdelikte in der Kriminalitätsstatistik). Es ist daher zwingend notwendig, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Die Kosten für diese Maßnahme halten sich bei einem gezielten Einsatz in Grenzen. Darüber hinaus kann ein erheblicher Anteil von Vandalismusschäden an öffentlichen/städtischen Gebäuden vermieden werden.

Punkt 4:

Die Kriminalitätsentwicklung wird einmal jährlich in der Presse vorgestellt. Es ist oftmals eine einseitige Berichterstattung, in der Zahlen und Fakten in Kürze zusammengestellt werden. Aufgrund der Komplexität des Themas bleibt es dann bei einer oberflächlichen Information. Wir würden es begrüßen, wenn die Kriminalitätsentwicklung auch den Bürgerinnen und Bürgern in einer öffentlichen Veranstaltung durch die Polizeipräsidentin vorgestellt würde. In einer solchen Veranstaltung, die man auch als „Zukunftswerkstatt Sicherheit“ installieren könnte, sollten auch Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit bekommen Fragen zu stellen und eigene Erfahrungen einzubringen.

Punkt 5:

Der Rat der Stadt Recklinghausen fordert die Landesregierung auf, ihrer Pflicht nachzukommen, die Sicherheit und Ordnung in den Städten zu gewährleisten und sich nicht mit Personalkürzungen bei der Polizei aus der Verantwortung zu ziehen.

An dieser Stelle muss angeführt werden, dass die Städte durch Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes und private Sicherheitsdienste der Kriminalität auf eigene Kosten entgegenzutreten, da ein Großteil der Städte die Personalreduzierung der Landesregierung auf eigene Kosten kompensiert. Mit diesen Maßnahmen, die sicherlich sinnvoll sind, wird das Konnexitätsprinzip außer Kraft gesetzt und Aufgaben durch

die Städte wahrgenommen, die laut Verfassung klar und deutlich in die Kompetenz des Landes fallen.

Die Landesregierung wird im Rahmen einer Resolution aufgefordert diesen Missständen mit geeigneten Konzepten entgegenzutreten.

Eine weitere Begründung erfolgt gerne im Fachausschuss!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Tobias Köller
Vorsitzender